

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930**

6.2.1930 (No. 32)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Karlsruhe  
Nr. 953  
und 954  
Postfach  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatseigentum  
Chefredakteur  
G. Koenig,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einjährig 32,50 RM. — Einzelhefte 1,25 RM. — Anzeigenpreis: 14 Spalten für 1 mm Höhe und ein Zeilenmaß. Briefe sind unentgeltlich. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung und Zwangsversteigerung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Die Etatsvorschläge Moldenbauers

#### Zunächst Sanierung, dann Steuererhebung

Das Reichskabinett trat am Mittwoch unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers in eine erste Beratung über die Gestaltung des Etats 1930 ein. Der Reichsfinanzminister erstattete über den gegenwärtigen Stand der Vorbereitung des Haushalts und die sich daraus ergebenden Notwendigkeiten einen ausführlichen Bericht, dem eine eingehende Aussprache folgte.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenbauer ließ erkennen, daß gegenwärtig von einer Steuererhebung nicht mehr die Rede ist, trotz der Freischätzungen, die der Youngplan bringt. Grundsätzlich hält die Regierung natürlich an ihrem Steuerprogramm vom Dezember, Sanierung und Steuererhebung fest. Immer stärker aber erhält dieses Programm die Betonung, die Moldenbauer gab: zuerst Sanierung, dann Steuererhebung, die auf 1931 und vielleicht noch auf ein späteres Jahr wird verschoben werden müssen. Dr. Moldenbauer rechnet für 1930 mit einem Fehlbetrag von rund 700 Millionen. Dieses Defizit setzt sich ungefähr zusammen aus dem Fehlbetrag im Nachtragsetat für 1929 in der Höhe von 105 Millionen, aus den Krediten für die Sozialversicherung mit rund 400 Millionen und aus den Ausfällen an Steuereingängen von zusammen 190 Millionen. Dabei bleibt noch ein Spielraum als Steuererlösergebnis. Zu bemerken ist noch, daß die 915 Millionen, die nach den Berechnungen im Finanzprogramm Silberfunds für die Steuererhebung zur Verfügung stehen sollten, aufgebraucht werden durch die 450 Millionen, die nach der Forderung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht zur außerordentlichen Schuldentilgung verwendet werden sollen, durch den Fehlbetrag vom Jahre 1928 von 154 Millionen und niedrigeren Steuereingänge.

Zur Deckung des Defizits von 700 Millionen macht der Reichsfinanzminister nun folgende Vorschläge: Die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung sollen aus dem Reichsetat zunächst in der Weise besenzt werden, daß die Angestelltenversicherung und die Bundesversicherungsanstalt entsprechende Kredite zur Verfügung stellen. Diese Regelung soll für zwei Jahre getroffen werden. Dr. Moldenbauer geht dabei von der Voraussetzung aus, daß von 1932 an die Arbeitslosenversicherung imstande sein wird, die Kredite aus Eigenem abzutragen. Das Defizit im Reichshaushalt soll gedeckt werden durch eine Erhöhung der Biersteuer, die 180 Millionen ergeben würde, und eine Erhöhung der Umsatzsteuer um 1/4 Prozent. Diese Umsatzsteuererhöhung würde dem Reich 190 Millionen, den Ländern 180 Millionen in diesem Etatsjahr bringen. Für den Fall, daß eine Erhöhung der Umsatzsteuer nicht durchdringen sollte, wird an eine doppelte Erhöhung der Biersteuer gedacht, die 360 Millionen bringen würde, und daneben noch an einige kleinere Steuern.

### Auch die Nebengesetze im Reichsrat angenommen

Im Reichsrat wurde am Mittwoch (nach der gemeldeten Annahme des Haager Abkommens) weiter das Reichsbankgesetz mit einer Ergänzung angenommen, in der die Reichsbank ersucht wird, auch den Kapitalbedarf in den entlegenen Reichsgebieten mehr als bisher zu befriedigen. Angenommen wurde dazu ein Antrag Berlins, Schuldverschreibungen inländischer kommunaler Körperschaften ebenso zu behandeln, wie die des Reiches oder der Länder. Desgleichen wurden das Reichsbankgesetz, das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen und die Liquidationsabkommen angenommen.

### Anschlag auf den Präsidenten von Mexiko

#### Rubio leicht verletzt

In Mexiko feuerte ein junger Mann sechs Schüsse auf den Präsidenten Rubio ab, als dieser am Mittwoch nach der Einführung in sein Amt den Nationalpalast verließ. Der Täter wurde festgenommen. Der Präsident wurde am Kiefer verwundet. Die Ärzte halten seinen Zustand nicht für besorgniserregend. Auch die Gattin des Präsidenten und seine kleine Nichte wurden leicht verletzt. Der 22 Jahre alte Attentäter erklärte, er heiße Daniel Flores. Er sei ein Anhänger von Jose Vasconcellos, des Kandidaten der Partei, die im Wahlkampf von Rubio geschlagen wurde.

W.W. Mexiko, 6. Febr. (Tel.) Zu dem Attentat auf Präsident Ortiz Rubio wird ergänzend gemeldet: Der erste Schuß, der eine Kieferverletzung verursachte, ging um Haarsbreite an der Schlagader vorbei. Der Präsident erhielt auch eine Schulerwund, doch wird bekanntgegeben, daß sein Zustand zu Besorgnissen keinen Anlaß gebe. Es sind bereits mehrere Anhänger des im Wahlkampf unterlegenen Vasconcellos verhaftet worden. Auch der Chefredakteur vom „Universal“ wurde verhaftet.

Der frühere Präsident Portes Gil, der provisorisch wieder die Leitung der Regierung übernahm, teilte der Presse mit, daß Frau Ortiz Rubio bereits vor einigen Tagen einen anonymen Drohbrief erhielt, in dem es hieß, ihr Gatte werde den Amteid niemals leisten können. Die Tat zeige erneut, daß ungesunde Elemente im Lande seien, die vor keinem Verbrechen zurückschrecken und die Nation ins Verderben stürzen möchten. Die Ärzte hoffen, daß der Präsident in einigen Wochen wieder hergestellt sein wird.

#### Eine Erklärung Vasconcellos

W.W. Los Angeles, 6. Febr. (Tel.) Zu dem Attentat auf den Präsidenten Ortiz Rubio erklärte der hier weilende Vasconcellos, in Mexiko sei kein Frieden möglich, solange nicht freie Wahlen vorgenommen werden. Die gegenwärtige Regierung, unter der Korruption und Meuchelmord an der Tagesordnung seien, müsse durch eine Regierung ersetzt werden, die von der öffentlichen Meinung in Mexiko gutgeheißen werde. Er bedauere zwar das Attentat, ungewiss sei aber, ob Daniel Flores in der Erkenntnis gehandelt, daß die brutale Gewalt die Herrschaft im Lande habe.

### Letzte Nachrichten

#### Die Kassenlage des Reichs

##### Die Reichsschuld

W.W. Berlin, 6. Febr. (Tel.) Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums stellte sich die Kassenlage des Reiches am 31. Dezember 1929 wie folgt: Kassen-Gesamtbestand 1857 Millionen. Berwendet wurden von diesem Betrag 1823 Millionen. Der Kassenbestand bei der Reichshauptkasse und den Außenstellen betrug also Ende Dezember 34 Millionen.

Die Reichsschuld betrug am 30. September 1929 8 429,6 Millionen Reichsmark, am 31. Dezember 1929 8 416,8 Millionen Reichsmark, die schwedischen Schulden am 30. November 1 319,2 Millionen Reichsmark, am 31. Dezember 1 694,1 Millionen Reichsmark.

#### Der neue amerikanische Botschafter

##### Empfang der Berliner Presse

W.W. Berlin, 6. Febr. (Tel.) Der gestern abend in Berlin eingetroffene neue amerikanische Botschafter, Frederick M. Sackett, empfing heute vormittag einen Kreis von Pressevertretern, denen er seine Freude darüber ausdrückte, daß ihm die wichtige Berliner Mission übertragen worden sei. Durch frühere Besuche, die ihn allerdings vorwiegend nach Süddeutschland geführt hätten, sei ihm Deutschland und das gütliche deutsche Volk bereits bekannt; außerdem habe er in seiner Heimat Kentucky, unter deren führenden Persönlichkeiten sich eine große Zahl Deutschstämmiger befindet, besonders gute Beziehungen zum Deutschtum unterhalten. In launiger Weise sprach der Botschafter von seinem Heimatstaat und dessen Vorkämpfer, von seiner Washingtoner Arbeit als Senator, und er kennzeichnete die amerikanische Einstellung zu den Fortschritten der deutschen Wissenschaft und Wirtschaft als ein Element der freundschaftlichen Beziehungen, deren Pflege er sich anstrengen lassen werde.

#### Von der Londoner Konferenz

##### Die Frage der Linienfahrzeuge und U-Boote

W.W. London, 6. Febr. (Tel.) In der „Daily News“ sagt Wilson Harris: Es ist sicher, daß die Flottenkonferenz den Bau von Ersatzschiffen der gegenwärtigen Linienfahrzeuge bis November 1936 aufschieben wird. Es werde ein Vorschlag geprüft, bereits jetzt eine Anzahl Großkampfschiffe abzubrechen, nämlich acht britische, sechs amerikanische und drei japanische. Dies würde die Großkampfschiffe der drei genannten Länder auf 12, 12 und 7 hermindern, was beinahe den ursprünglichen Washingtoner Verhältnis 5 : 5 : 3 entspräche. In diesem Zusammenhang sei die Haltung Frankreichs wichtig, da Frankreich den Bau neuer Großkampfschiffe erwäge, um ein Gegengewicht gegen die „Ersatzkreuzer“ und ihre künftigen Schwesterfahrzeuge zu haben. Dies sei aber keine wirkliche Schwierigkeit, denn Deutschland könne nur sechs Fahrzeuge dieses Typs bauen und werde sie wahrscheinlich gar nicht auf diese Zahl bringen. In dem Artikel wird weiter ausgeführt, gestern abend hätten die Hauptdelegierten beschlossen, den Gedanken einer völligen Abschaffung der U-Boote fallen zu lassen, dem Vernehmen nach soll aber der Versuch unternommen werden, ein internationales Statut zu schaffen, um ihre Verwendung in Kriegzeiten zu regeln.

„Times“ melden, die britische Regierung werde vorschlagen, alle Ersatzbauten für Schlachtschiffe bis 1936 aufzuschieben und vor dem genannten Jahre eine Konferenz abzuhalten, um zu untersuchen, ob der Bau von Ersatzfahrzeugen nicht noch weiter aufgeschoben werden könnte. Sollte aber der Ersatz beschlossen werden, dann sollte vereinbart werden, die Tonnage der Schlachtschiffe auf ungefähr 25 000 Tonnen und das Kaliber der schwersten Geschütze dieser Schiffe von 18 auf 16 Zoll herabzusetzen.

#### Die ukrainisch-griechisch-orthodoxe Kirche aufgelöst

W.W. Moskau, 6. Febr. (Tel.) (Werbung der Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Ein in Kiew zusammengetretenes Konzil der ukrainischen autophalen griechisch-orthodoxen Kirche, das sich mit der Aufhebung der Verbindung der Kirche mit dem gegenrevolutionären Verband zur Befreiung der Ukraine befaßte, hat die Auflösung der Kirche beschlossen. Das Konzil verurteilte aufs schärfste alle, die zur Umwandlung der Kirche in eine gegenrevolutionäre sowie feindliche Organisation beigetragen haben, und stellte mit Bedauern fest, daß der Metropolit Kypriofski und eine Anzahl Bischöfe ihre kirchliche Stellung dazu benutzten hätten, den Weg sowjetfeindlicher Handlungen zu beschreiten.

Reichskriegs-Prozess am 14. Februar. Vor dem Schwurgericht Insterburg (Ostpr.) beginnt am 14. Februar die Hauptverhandlung in der Staffage gegen den bekannten litauischen Emigrantenführer Reichskriegs und Genossen. Den Angeklagten werden zur Last gelegt Zuwiderhandlungen gegen die Fahrvorschriften, gegen das Gesetz über Schutzpatent und Munition, gegen das Gesetz über Kriegsgüter, gegen die Verordnung über die Zurückführung von Waffen und Heeresgut in den Besitz des Reiches und das Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen.

### Schiffahrt von heute

#### Von Vizemir a. D. Wieting

Alle seefahrenden Nationen, mit Ausnahme Deutschlands, haben ihren Handelsflottenraum dem Vorkriegsstande gegenüber erheblich vergrößern können. Dies trifft besonders für die Vereinigten Staaten und Japan zu. Nur die deutsche Handelsflotte, die 1914 mit einem Schiffsraum von rund 5 1/2 Millionen Tonnen an zweiter Stelle hinter England stand, aber durch das Versailles Diktat mit einem kläglichen Rest von 600 000 Tonnen auf den vierzehnten Platz verwiesen wurde, bleibt noch um etwa 1 1/2 Millionen Tonnen gegen den Vorkriegsstand zurück. Dank des unerschütterlichen Wagemuts, der Tatkraft und Umsicht der deutschen Reederei hat sie aber jetzt trotz aller wirtschaftlichen Gemisnisse die vierte Million des Tonnenraums überschritten und damit Frankreich und Italien überflügelt, so daß sie, allerdings in weitem Abstand, bereits wieder an dritter Stelle hinter England und Amerika in der Reihe der Handelsflotten marschiert. Deutschland genießt dabei den besonderen Vorteil, daß der weitaus größte Teil seiner Handelsflotte infolge des nach Versailles einjüngenden Wiederaufbaus aus neuen Fahrzeugen besteht, die mit ihren modernen Maschinen und Einrichtungen den vielfach veralteten Schiffen anderer Nationen erfolgreich Konkurrenz bieten können. So hat das Fallbeil des Versailles Diktats, das tief in die Lebenskraft der deutschen Schiffahrt schnitt, die Schneide gegen seine Träger gefehlt.

Besonders lehrreich und zugleich ein markanter Ausdruck des Wandels der Zeiten ist folgende, aus dem kürzlich erschienenen „Lloyds Register 1929“ entnommene Tabelle über die Art des Schiffsantriebes:

	1914	1929
% der Gesamttonnage — abgerundet		
Segelschiffe	8	2,5
Motorfahrzeuge	0,5	10
Dampfmaschinen mit Öl	2,5	28,5
Dampfmaschinen mit Kohlen	89,0	59,0

Das Dampfmaschinen mit Kohlenantrieb, das weniger Mannschaften braucht als das Segelschiff, unabhängiger von Wind und Wetter ist und daher größere Garantie für schnellere Fahrt und pünktliches Eintreffen der Ladung bietet, hat das Segelschiff, dessen Vorteil fast allein in seinen billigeren Betriebsstoffkosten liegt, immer mehr verdrängt, um jetzt selbst dem personell und wirtschaftlich noch vorteilhafteren Dampfmaschinen mit Ölheizung oder dem Motorschiff Platz zu machen. Mehr als ein Viertel aller deutschen Handelsdampfer setzt sich heute bereits aus diesen beiden Schiffstypen zusammen.

Besonders tragisch mutet das Schicksal der Segelschiffahrt an. Allein in der Zeit von 1914 bis 1929 schmolz die Zahl aller Segelschiffe der Welt von 6400 auf 3000 zusammen, von denen an Tonnengehalt mehr als die Hälfte auf die Vereinigten Staaten entfällt. Während die kleineren Segler aber in der Küstenfahrt noch hinreichende Verdienstmöglichkeiten finden, kämpfen die großen Rahschiffe, deren Feld der offene Ozean ist, schwer um ihr Dasein und finden nur noch auf wenigen Märkten lohnende Frachten. Trotzdem haben in Deutschland zwei angelegene Reedereien in zäher Tradition an der Großsegelschiffahrt festgehalten und besitzen in ihren prächtigen Schiffen, die größtenteils erst nach dem Kriege vom Stapel gelaufen sind, die Blüte aller Segler. Es sind dies die Reedereien F. A. Rinnen (Bremen), deren Rahsegler mit Dieselmotoren eignen Typs sämtlich 1921/22 durch die Firma Krupp-Germaniawerft in Kiel erbaut sind, und die Reederei Laeisz (Hamburg). Letztere verfügt nach dem kürzlich an der Küste Feuerlands erfolgten Untergang des Vollschiffes „Pinnas“ noch über sechs Viermastbark ohne Motoren, von denen die „Padua“ erst 1926 ihrem Element übergeben wurde. Die Reederei F. A. Rinnen besitzt ebenfalls sechs Rahschiffe, unter denen die Viermastbark „Magdalene Rinnen“ mit 5212 Tonnen Tragfähigkeit der größte deutsche Segler und zugleich eins der gewaltigsten Segelschiffe der Welt ist. Deutschland steht mit der Zahl seiner Ozeansegler an zweiter Stelle hinter Finnland, dem in Marienhamn 25 solcher Schiffe zu eigen sind, darunter mehrere, die früher unter deutscher Flagge fuhren. Es folgen dann Amerika mit einer großen Anzahl solcher Segler in San Francisco und Spanien mit mehreren stattlichen Rahschiffen in Barcelona. Auch Frankreich und Dänemark, das kürzlich sein Bracht

Mit der Beilage: 14. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Donnerstag, das Fünfmast-Schulsschiff „Röbenhavn“, als „verschollen“ aufgeben müßte, verfügen noch über einige dieser imposanten Schiffe.

Unter den wenigen Frachten, die sich für Ozeansegler noch lohnen, sind die der Getreidefrachten von Australien, Süd- und Nordamerika, sowie die Blauholzfrachten von Westindien nach Europa die wesentlichsten. Selbst in der Beförderung des Chilealpeters, die einst die Hauptverladequelle unserer Großsegler darstellte, hat der Dampfer das Segelschiff erfolgreich zu verdrängen begonnen. Plötzliche Steigerung der Frachtsätze für die Weizenfahrt infolge Streiks und Bindung eines Teils der Dampferflotte im Kohlentransport brachte es 1927 mit sich, daß alle verfügbaren Ozeansegler gechartert wurden und 16 von ihnen gleichzeitig von Australien nach Europa abgefahren, ein Ereignis, das in allen Schiffahrtskreisen großes Interesse erregte. Als erstes Fahrzeug erreichte mit 24 Tagen Vorprung das frühere Schulsschiff des „Norddeutschen Lloyd“, die finnische Viermastbarke „Herzogin Cecilie“ das Ziel. — Wettfahrten von Großseglern verschiedener Nationen haben sich bei ähnlichen Gelegenheiten mehrfach wiederholt. Bei einer dieser Fahrten segelten beide Gegner, die „Herzogin Cecilie“ und die schwedische Viermastbarke „Beatrice“, mit einem Abstand von 9 Stunden zueinander ab und kamen nach ungefähre dreitägiger Reise und Zurücklegung von etwa 560 Seemeilen mit einem Abstand von nur 17 Minuten an. (1 Seemeile = rund 1,8 Kilometer). Man kann sich die Anspannung aller sportlichen Kräfte bei einem derartigen Wettsegeln vorstellen. „Beatrice“, die Siegerin, hatte während 24 Stunden eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 13 Seemeilen, und während der ganzen Reise eine Durchschnittsfahrt von 8 Seemeilen in der Stunde erzielt. Vergleichsweise entwickeln moderne Frachtdampfer Höchstgeschwindigkeiten zwischen 10 und 14 Seemeilen, während der schnellste Passagierdampfer, unsere „Bremen“, 28 Seemeilen = rund 52 Kilometer in der Stunde läuft. Besonders interessant gestaltete sich im vorigen Jahr eine Wettfahrt zwischen „Beatrice“, „Herzogin Cecilie“ und der schwedischen Viermastbarke „C. P. Pederjen“ von Australien über Kap Horn nach Europa, also über eine Strecke von rund 15 000 Seemeilen. Wertvolle Preise und riesige Wetten erhöhten die allgemeine Spannung. Als Siegerin ging die „Herzogin Cecilie“ aus dem Kampf hervor, die bei etwa 7 Seemeilen Durchschnittsfahrt 96 Tage für die Reise brauchte.

Bei manchen dieser Fahrten haben die Großsegler ähnliche Geschwindigkeiten durchgehalten und sogar größere Höchstgeschwindigkeit erzielt als moderne Frachtdampfer. Diese Tatsache vermag aber selbst im Verein mit den billigeren Betriebsstoffkosten die Nachteile der großen Segler, darunter vor allem ihre Abhängigkeit vom Wetter und dem Mehrbedarf an Personal, nicht auszugleichen. Auch die Verwendung der auf einigen von ihnen eingebauten, aber für diese gewaltigen Schiffe doch immerhin schwachen Hilfsmotoren kann hieran nichts Wesentliches ändern. Während die kleinen Küstensegler in günstigen gelegenen Seegebieten vielleicht alle Zeiten überdauern werden, ist das Schicksal der großen Ozeansegler vorgezeichnet. Sie werden sich noch jahrzehntelang durch den Transport gewisser Güterarten, für die eine schnelle Beförderung nicht von Belang ist, erhalten, bis die Stunde schlägt, wo die nimmer rastende Technik mit ihren modernen Schiffen sie ganz von der transatlantischen Fahrt verdrängt und Großsegler nur noch in Gestalt von Schulsschiffen als unentbehrliche Ausbildungsstätten zur Erziehung eines tüchtigen seemannischen Nachwuchses die Ozeane durchkreuzen werden.

### Deutsch-österreichischer Vertrag über Sozialversicherung

Am Mittwoch wurden die Verhandlungen über einen Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Österreich über Sozialversicherung abgeschlossen.

Der Vertrag regelt das Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen beiden Staaten. Er berücksichtigt verschiedene Änderungen. Arbeitnehmer im Bergbau erhalten die in einem der beiden Staaten erworbenen Versicherungsansprüche auch dann, wenn sie in die Versicherung des anderen Staates übertreten. Eine ähnliche Regelung, die für die Angestelltenversicherung schon in dem bisherigen Abkommen enthalten war, sieht der Vertrag auch für die Invalidenversicherung nach Einführung dieses Versicherungszweiges in Österreich vor. Auch für die in der Gesetzgebung beider Staaten vorgeschriebene Wartekasse, die erfüllt sein muß, bevor die Renten der Angestellten, Invaliden und Knappschaftlichen Versicherung gewährt werden können, werden die im anderen Staate zurückgelegten Beitragszeiten nach bestimmten Grundätzen berücksichtigt. Auf dem Gebiet der Unfallversicherung wurde vollkommene Gegenseitigkeit vereinbart.

In Paris wurde von einer Jury aus 19 Malern und Bildhauern verschiedener Länder die Schönheitskönigin Europas gewählt. 19 Nationen, darunter Deutschland, waren durch ihre Schönheitsköniginnen vertreten. Die Wahl fiel auf die Vertreterin Griechenlands, die 18jährige Tochter eines Advokaten, Alice Diplaraki, die 10 Stimmen erhielt, während die französische Schönheitskönigin 8, die belgische 2 und alle anderen je eine Stimme erhielten.

Nach einer Meldung aus Rio de Janeiro gestattete die brasilianische Regierung für die geplante Fahrt des „Graf Zeppelin“, die von Sevilla ihren Ausgang nimmt, die Landung des Luftschiffes in Natal und in Rio de Janeiro. Weiter sagte sie jede mögliche Unterstützung bei der Landung und die Lieferung von Brennstoff und Lebensmitteln zu.

Am Mittwoch wurde in Chicago ein Fabrikdirektor von zwei bewaffneten Männern niedergeschossen. Die Täter kamen in einem kleinen Auto heran, während der Direktor seine Arbeiter überwachte, und feuerten vier Schüsse in seinen Rücken. Im ganzen sind während der letzten Woche neun Personen derartigen Attentaten zum Opfer gefallen.

### Denkschriften der Reichsregierung zum Youngplan

Die Reichsregierung hat den Gesetzentwürfen, die durch den Youngplan notwendig geworden sind, bei der Übermittlung an die parlamentarischen Instanzen einige Denkschriften beigelegt, in denen „berücksichtigt werden soll, das Verständnis des zur Inkraftsetzung des Berichtes vereinbarten Vertragswertes zu erleichtern“.

Die Hauptdenkschrift entwickelt zunächst die grundlegenden Unterschiede, die zwischen dem Youngplan und dem Dawesplan bestehen. Sie unterstreicht dabei besonders die Vorteile, die in den Möglichkeiten des Moratoriums und der Einberufung des „beratenden Sonderausschusses“ liegen, ferner in der Verbindung der Reparationsfrage mit etwaigen Kriegsschuldennachlässen der Gläubiger und in dem Fortfall des komplizierten Systems von Reparationskontrollen und Kontrollen. Für die Klarstellung des rechtlichen Verhältnisses des Neuen Planes sei der entscheidende Grundgedanke, daß die neue Regelung an sich vollständig und erschöpfend ist, so daß die früheren vertraglichen Abmachungen in keiner Weise zur Ergänzung herangezogen werden können. Damit werden, fährt die Denkschrift fort, nicht nur alle Teile der Londoner Regelung von 1924, sondern auch die bisher formell immer noch zu Recht bestehende Festsetzung der deutschen Schuldsomme im Londoner Ultimatum von 1921 (182 Milliarden) endgültig hinfällig. Die Denkschrift erläutert ferner die Einzelheiten der Vereinbarungen mit den verschiedenen Staaten, die neben dem Youngplan abgeschlossen sind, und hebt besonders die Bedeutung der schiedsrichterlichen Entscheidungen hervor, die für die Neuregelung maßgebend ist.

Von besonderem Interesse sind die Darlegungen der Denkschriften über die Sanktionsbestimmungen. Sie ergeben, daß das Sanktionsystem von Versailles und der Londoner Vereinbarungen von 1924 beseitigt worden sind. Bei Schwierigkeiten im Rahmen der Durchführung des Neuen Planes finden lediglich die Verfahrensmittel dieses Planes (Schiedsgericht) Anwendung. Selbst wenn von den Gläubigermächten behauptet wird, daß der außerhalb des Rahmens des Planes liegende äußerste Fall, d. h. Handlungen der deutschen Regierung, die ihren Willen beweisen, den Neuen Plan zu zerreißern, gegeben seien, sind sie gezwungen, zunächst die höchste internationale Instanz anzurufen. Ferner werden für den Fall einer für Deutschland ungünstigen Entscheidung dieser Instanz keineswegs Sanktionen, d. h. Strafmaßnahmen, festgelegt, sondern es wird lediglich entsprechend dem gemeinen Völkerrecht die Wiedergewinnung der Handlungsfreiheit konstatiert.

Aus der Begründung des Gesetzes zur Änderung des Reichsbankgesetzes ist hervorzuheben, daß das Reich grundsätzlich berechtigt ist, Änderungen am Reichsbankgesetz und an der Gesellschaftsform vorzunehmen, die durch eine Änderung der Verhältnisse gerechtfertigt erscheinen. Durch die sogenannte Revisionsklausel ist die Möglichkeit gegeben, daß der für die Dauer von 37 Jahren nicht überschreite Entwicklung des gesamten Verkehrs wesens auch auf dem Gebiete der Reichsbankrechnung Rechnung werden kann.

Endlich ist die Denkschrift zu dem Entwurf eines Gesetzes über das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen zu erwähnen, in der es u. a. heißt: Da die Politik der Vereinigten Staaten, die Verbindung zwischen den Forderungen der Vereinigten Staaten und den Forderungen der übrigen Gläubigermächte völlig zu lösen und ein unmittelbares deutsch-amerikanisches Schuldenverhältnis zu begründen, sich mit den eigenen Absichten der deutschen Regierung über die Gestaltung der deutsch-amerikanischen Beziehungen auf diesem Gebiete deckt, habe die deutsche Regierung keine Bedenken gehabt, auf die bezüglichen Anregungen der Vereinigten Staaten einzugehen und ein Sonderabkommen vorzubereiten.

### 2210 000 Arbeitslose im Reich

Der Beschäftigungsgrad sank auch in der Woche vom 27. Januar bis 1. Februar weiter ab. Die Abwärtsentwicklung ist zwar langsamer geworden, doch dürfte dies weniger darin begründet sein, daß die Anläufe zur Überwindung der winterlichen Arbeitsruhe an Kraft und Ausdehnung gewonnen haben, als vielmehr darin, daß sich die Zahl der Entlassenen etwas verringerte. So prägt sich im Gesamtbild des Marktes die große Zurückhaltung der Wirtschaft aus, an deren ungewisser Entwicklung das Baugewerbe in seiner unmittelbaren Abhängigkeit von der Finanzkraft der öffentlichen Hand ganz besonders leidet.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung (betrachtlich nicht die Gesamtheit der Arbeitslosigkeit) betrug nach den Vorkenntnissen der Landesämter am 29. Januar rund 2210 000. Sie ist in der Berichtswache um rund 70 000 gegen 90 000 in der Vorwoche und je 140 000 in den ersten beiden Januarwochen angewachsen.

### Der Münchener Hitlerprozess

wurde am Mittwoch verlagert. Der ehemalige völkische Funktionär Abel hat unter Eid ganz präzise erklärt, daß sowohl die Hochbede als auch die Hitlerkreise durch falsche Verstrickungen Gelder zur Finanzierung des Münchener Rutschs wie auch zur Entschädigung für Konzeptionen in der Südtirolfrage erhalten hätten. Demgegenüber steht Hitlers Zeugeneid in Schweidnitz, wo er dies bestritt. Es steht somit Eid gegen Eid.

Nach längerer Beratung gab das Gericht einem Antrag Hitlers auf Aussetzung des Verfahrens zur Herbeiführung von Zeugen gegen Abels Behauptungen statt. In einigen Monaten wird man also wieder von vorn anfangen. Von Gerichts wegen wurden bereits folgende Zeugen benannt: Ludendorff, der Führer der österreichischen nationalsozialistischen Arbeiterpartei, Oberleutnant a. D. Reichani (Wien), und der italienische Agent Desjori, der bisher stets nach Italien verreiste, wenn er vor Gericht erscheinen sollte.

### Die SPD. wollte eine Leiche kaufen

In der Hamburger Bürgererschaft erklärte laut „Vorwärts“ bei der Aussprache über den misglückten Aufstandsversuch der SPD der sozialdemokratische Redner, Senator Ehrenreich, daß der Großvater des durch eine Kugel tödlich verletzten Lebrings, der als Unbeteiligter in der ersten Zusammenstoße hineingeraten war, mitgeteilt hat, bei ihm seien Vertreter der SPD gewesen und hätten ihm die Unterzeichnung eines Verweises angetragen, die Leiche seines Enkels der SPD zur Beerdigung auszuliefern. Die SPD werde die Beerdigungskosten übernehmen und ihm außerdem noch 2000 M bezahlen. Dieses Ansuchen sei von der Familie mit Entrüstung abgelehnt worden. Diese Mitteilung löste in der Bürgererschaft stürmische Entrüstung aus.

Mecklenburg und Preußen. Im Mecklenburg-Schwerinschen Landtag erklärte der Redner der Nationalsozialisten zur Frage eines Anschlusses Mecklenburg-Schwerins an Preußen, daß die Nationalsozialisten einen solchen Plan, der von den Rednern der Linken befürwortet wurde, ablehnen. — Meldungen, daß Mecklenburg-Strelitz preußisch werden wolle, werden vom Staatsministerium dementiert. Es sei darüber überhaupt nicht gesprochen worden.

### Ausverkauf der SPD. Kommunistische Wirtschaft

Der „Sozialdem. Brief.“ teilt mit: Es steht fest, daß seit der zweiten Hälfte des Oktobers die maßgebende kommunistische Instanz bemüht ist, die Druckereien und Gebäude der SPD. möglichst schnell zu veräußern, und daß als letzter Termin dieser Veräußerung der 1. Februar in Aussicht genommen war. Es wurden zu diesem Zweck u. a. nicht nur mit dem Eugenberg-Konzern, sondern zugleich auch mit dem Elmühl-Konzern Verhandlungen geführt, in deren Verlauf eingehende Beschreibungen der kommunistischen Druckereibetriebe und Kontrollen stattfanden, die insbesondere einen genauen Überblick über die Verschuldung der SPD. gaben.

Von anderer Seite war dazu gemeldet worden, man sei, da der „neuen Revolution“ bereits das Geld ausgegangen ist, auf den Gedanken gekommen, das ganze unbewegliche Eigentum und sogar Teile des beweglichen Eigentums der kommunistischen Partei abzugeben, das auf rund fünfzehn Millionen Reichsmark bewertet wird. Das Eigentum umfaßt etwa 19 Druckereigebäude und 15 andere Gebäude, ferner die Besitzrechte der sogenannten „Reuweg“, der Inzeratengentrale für die kommunistische Presse. Zu den Objekten gehören Eiegenschaften in Dresden, Leipzig, Hamburg, Chemnitz, ferner das modern ausgebauten Karl-Liebknecht-Haus am Bülowplatz in Berlin. Nachdem ein erster Versuch gescheitert war, habe man angeblich mit niemand anderem als der Sozialdemokratie Verhandlungen geführt. Aber auch der neue Verhandlungspartner sandte Krüfer aus, die ein so niederschmetterndes Bild kommunistischer Wirtschaft mit nach Hause brachten, daß die Verhandlungen scheiterten. Die Kommunisten hätten allerdings in der ersten Verhandlungswache wegen geschickter Auswahl der Mittelpersonen keine Ahnung gehabt, daß die Sozialdemokratie mit am Tisch saß.

### Kurze Nachrichten

Gesandter Kausler ist aus Warschau in Berlin eingetroffen, um über den Stand der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen zu berichten.

Ein Antrag auf Kürzung der Gehälter. Die Landvolkfraktion hat im Sächsischen Landtag einen Antrag eingebracht, der eine Herabsetzung der Gehälter der Staatsbeamten um 5 Prozent fordert, und die Regierung ersucht, auf die Gemeinden in gleichem Sinne einzuwirken.

Anlage wegen Verleumdung gegen Streicher. Wegen Verleumdung des bayerischen Staatsministers Dr. Heß und des Ministerialrats Dr. Riffas wurde gegen den Schriftleiter Karl Holz und den nationalsozialistischen Abgeordneten Julius Streicher Anlage erhoben und die Eröffnung des Verfahrens vor dem Schwurgericht Nürnberg beantragt.

Mord an einem Stahlhelmsmann. Auf dem Heimweg von Ammendorf bei Halle war in der Nacht zum Sonntag der 25jährige Walter Gräfe aus Bessen, Mitglied des Stahlhelms, von Kommunisten überfallen und schwer mißhandelt worden. Gräfe ist seinen Verletzungen erlegen.

Gegen die kommunistische „Neue Zeitung“ in München ist ein Verfahren eingeleitet worden wegen Aufreizung zum Massenkampf, der sich auf zwei Artikel des Blattes begründet.

Die Arbeitszeit in Kohlenbergbau. Auf die Tagesordnung der zum 10. Juni nach Genf einberufenen internationalen Arbeitskonferenz wurde nachträglich die Frage der internationalen Regelung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau gesetzt.

Lösung eines Konzessionsvertrages in Rußland. Die Sowjetregierung hat den Konzessionsvertrag mit der österreichischen Aktiengesellschaft Ost gelöst, da sie ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sei. Das Stammkapital fällt nach dem Konzessionsvertrag an die Sowjetregierung.

### Gemeinderundschau

Haushaltsplan der Stadtgemeinde Eberbach. Der Gemeinderat hat die Einnahmen einschließlich der Gemeindesteuern sowie die Ausgaben auf 1 076 595 M festgesetzt. Der durch Gemeindesteuern zu bedeckende sogenannte ungedeckte Aufwand beläuft sich auf 231 700 M. Die vorläufigen Steuererlässe für das Rechnungsjahr 1930/31 belaufen sich somit beim Grundvermögen auf 116 M, beim Betriebsvermögen auf 47 M, und beim Gewerbevermögen auf 182 M. Die Landwirtschaftsbeiträge wurden auf 4500 M festgesetzt. Die Kanalgebühren betragen im kommenden Rechnungsjahr 6 M für je 100 M Steuerwert. Gegenüber dem Vorjahre sind keine Steuererhöhungen vorgenommen worden, trotzdem die sogenannten zwangsläufigen Ausgaben der Stadtgemeinde wie Schulaufwand, Fürsorgeaufwand und Zinsendienst ganz erheblich angewachsen sind. Durch rüchsigelose Sparmaßnahmen und Abträge in anderen Ausgabenpositionen war es möglich, diese Mehrausgaben auszugleichen. Die Ausgaben für Unterhaltung der Verwaltungsgebäude und für Bürobetrieb wurde um nahezu 50 Proz. gekürzt. Auch an den sachlichen Ausgaben für Straßen, Schulen usw. wurden Einsparungen bis zu 10 Proz. durchgeführt.

Bodenkulivierung. Ebenso wie die Gemeinde Wingoheim beschäftigt auch Untergrombach den Umbruch des sogenannten Mesgerallmends. Die Gemeinde Wingoheim ließ bekanntlich ihr verödetes Gebiet umbrechen, um einen nützlichen Boden daraus zu gewinnen. Die Kosten beliefen sich hierbei auf etwa 10 000 Reichsmark. Nach dem Umbruch belief sich die Einnahme im Jahre schon auf 7000 Reichsmark. Bei dem Umbruchgelände der Gemeinde Untergrombach würden sich die Kosten auf rund 16 500 Reichsmark belaufen. Bei dieser Umbrucharbeit würden auch viele Arbeitslose Beschäftigung finden, was nicht unterschätzt werden darf.

Eröffnung der Kraftpostlinie Ettlingen-Böllersbach. Am 1. Februar ist die Kraftpostlinie Ettlingen-Böllersbach, die bis dahin vorübergehend auf die Strecke Ettlingen-Schöllbronn beschränkt war, dem öffentlichen Verkehr übergeben worden. Aus diesem Anlaß hat in Böllersbach eine feierliche kleine Feier stattgefunden, bei der die Bürgermeister von Böllersbach, Schöllbronn und Speckart nebst den gesamten Gemeinderäten versammelt waren. Von der Oberpostdirektion Karlsruhe war unter anderem Präsident Laemmlein anwesend, vom Bezirksamt Ettlingen Regierungsrat Dr. Bienenfeld, vom Bürgermeisteramt Ettlingen Bürgermeister Kraft, Bürgermeister Agtmann, Böllersbach, wie auch den bedeutenden Verkehrsfortschritt für die Berggemeinden hin, der auch den Stadtbewohnern Gelegenheit zur bequemeren Fahrt in ihre herrliche Gebirgsgegend bietet. Präsident Laemmlein nahm die neue Kraftwagenhalle in die Obhut der Deutschen Reichspost.

Der Bürgerausbau Weil a. Rh. befaßte sich eingehend mit der Frage der Aufnahme einer neuen Anlage von 150 000 Reichsmark für einen Mehrbedarf von Tunnelneubauten, für die Erweiterung der Friedhofsanlage, der verschiedenen Sportplätze, die Erweiterung des Ausbaues der Heilingerstraße usw.

# Badischer Teil

## Badischer Landtag

(21. Sitzung)

23. Karlsruhe, 6. Febr.

Zu Beginn der Sitzung bringt Präsident Dr. Baumsauner ein Schreiben der Reichs-AG. in Stuttgart zur Kenntnis, wonach diese Wert auf die Feststellung legt, daß beim Bau des Reichskanals fast ausschließlich deutscher Zement verwendet wurde.

Auf der Tagesordnung steht

### Der Voranschlag des Ministeriums des Innern

Den Bericht des Haushaltsausschusses erstattet der Abg. Meinholt (Soz.), und zwar über Kapitel 1—5.  
Der Zuschußbedarf bezieht sich im ordentlichen und außerordentlichen Etat auf 27 287 800 M. Der Voranschlag ist mit äußerster Sparsamkeit aufgestellt; weitere Abstriche als die vom Ausschuss vorgeschlagenen sind nicht möglich.  
Der Berichterstatter stellt den

### Antrag:

Der Landtag wolle: 1. den Voranschlag des Ministeriums des Innern Ausgabe Kapitel 1—5 sowie Einnahme Kapitel 1 und 2 genehmigen mit folgenden Änderungen:  
a) Ordentlicher Haushalt Kapitel 5. Polizei und Gendarmerie. Es ist zu setzen in Titel 11 statt 491 000 M. 481 000 Reichsmark, in Titel 14 statt 78 400 M. 58 400 M., in Titel 20 statt 25 800 M. 16 000 M. Die Titel 14, 17, 20, 35 und 36 werden als untereinander übertragbar bezeichnet.  
b) Außerordentlicher Haushalt Ausgabe Kapitel 4. Bezirksverwaltung. In Titel 1, Aufwendungen für den Luftverkehr, ist anstatt 150 000 M. zu setzen 130 000 M.; Titel 2, Umbau reichseigener Wohnhäuser usw., mit 140 000 M. ist zu streichen. Einnahme Kapitel 1. Bezirksverwaltung Titel 1, Erlös aus dem Verkauf des bisherigen Bezirksamtsgebäudes in Nehl, mit 230 000 M. ist zu streichen;  
2. die Regierung erludigen, für eine Anzahl Stadt- und Landgemeinden mit der größten Ausgabesteigerung eine Nachprüfung über die Ursachen anzustellen und das Ergebnis dem Landtag zur Kenntnis zu bringen;  
3. die Gesuche a) der Stadtgemeinde St. Blasien, Staatszuschuß zum Krankenhausneubau, b) des Verbandes der Polizeibeamten Badens sowie c) des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes der Regierung zur Kenntnisnahme überweisen.

In der

### Aussprache

für die wiederum eine bestimmte Redezeit festgelegt ist, vertritt der Abg. Dr. Hoffmann den Standpunkt des Zentrums. Ausgehend von der Verwaltungsorganisation des Jahres 1863, die viel Gutes gebracht habe, beklagt er die Verwaltungsreformersuchen Bestrebungen bis auf den heutigen Tag. Von der Sparkommission erwartet er bestimmte praktische Vorschläge. Eine Reform dürfe aber nicht allein unter dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit erfolgen, sondern auch unter jenem der staatlichen Zweckmäßigkeit. Die Bezirksämter hätten seit 1919 an Ansehen und Popularität verloren. Das Nebeneinander mit den Kreisen trage die Schuld daran. Die Schaffung der Wohnungsfürsorgeverbände habe die Sachlage nicht gebessert. Dadurch sei andererseits die Frage der Amtskörperschaften in den Vordergrund geschoben worden. Der Redner ist für möglichst Dezentralisation der Verwaltungsaufgaben. Das Volk wünsche weitgehend lokale Verwaltung. An der Tätigkeit der Landeskommission wolle niemand Kritik üben, gleichwohl könne von einem Ausbau dieser Institution keine Rede sein. Die mangelnden Beförderungsmöglichkeiten in der inneren Verwaltung seien zur Katastrophe geworden, wie die Liberalisierung der Landräte zeigt. Der Abbau der Bezirksämter habe sich nicht als eine Sparmaßnahme großen Stils erwiesen. Eine unerwünschte Erscheinung sieht der Redner in dem Dualismus von Polizeidirektor und Landrat. Er begrüßt den einheitlichen Ausbildungsgang von Polizei und Gendarmerie. Bezüglich der Filmkontrolle fordert das Zentrum eine Nachsicht durch die Länder; ferner wird eine scharfe Handhabung der Bestimmungen gegen Schmutz und Schand verlangt. Der Redner schließt: Wenn der Minister für Ordnung und Ruhe im Staate sorgen soll, dann muß man ihm auch die Mittel dazu geben. Wir werden uns gegen die zerstückelnde und verheerende Tätigkeit von Kommunisten und Nationalsozialisten entschieden zur Wehr setzen.

Abg. Markloff (Soz.) ist der Auffassung, daß eine Verwaltungsreform nicht nur vom badischen, sondern vom deutschen Standpunkt aus betrachtet werden muß. Die Sozialdemokraten wollen eine starke Reichsgewalt bei dezentralisierter Verwaltung. Zu dem Minister haben sie das Vertrauen, daß er sein gewaltiges Aufgabengebiet in gleich mühevoller Weise betreuen wird wie sein Vorgänger. Die Sozialdemokratische Partei betrachte die heutige Staatsform als Plattform für positive Arbeit. Als Ideal schwebt ihr allerdings der sozialistische Staat vor. Doch lehne sie die kommunistischen und nationalsozialistischen Methoden ab. Jedes Regime, ob rechts oder links, werde ohne das Instrument der Polizei nicht auskommen. Mit der ständigen Benützung des Volkes werde man niemanden ein Stückchen Brot oder Arbeit verschaffen. Der Redner zollt der Polizei für die Ausübung ihres schweren Dienstes Worte der Anerkennung. Im einzelnen bespricht der Redner das Wohnungsproblem, zu dessen Förderung mehr gethan sollte, vor allem durch Verbilligung der Zinsen. Die Wohnungsfrage sei zu einer sozialen, zu einer Mietpreisfrage für das Gros der Lohn- und Gehaltsempfänger geworden. Die Zahl der Betriebskontrollen durch das Gewerbeaufsichtsamt genügt nicht. Im Zusammenhang damit stellt der Redner zum Schluß eine Betrachtung der wirtschaftlichen und Arbeitsmarktlage unseres stark industrialisierten Landes an.

Abg. Dr. Mattes (D. Vpt.) führt aus: Nachdem dieses Jahr die Besetzung fortfällt, ist der Zeitpunkt gekommen, an die Frage der Reform der inneren Verwaltung heranzutreten; denn diese stellt auch eine Gebietsfrage dar. Die Beseitigung des Dualismus zwischen dem Reich und Preußen läßt sich ohne territoriale Veränderungen erreichen. Im Südwesten aber ist eine Reichsreform ohne Lösung der territorialen Fragen nicht möglich. Vor allem erscheint notwendig eine Klarstellung des Verhältnisses Badens zur Pfalz im Zusammenhang mit dem ganzen Rheingebiet. Daß beide Teile des Stromgebietes wirtschaftlich getrennt sind, ist ein unnatürlicher Zustand. Wir müssen das gesamte Rheingebiet als eine Einheit betrachten und von hier ausgehend die Beziehungen zu den anderen Ländern regeln. Sollten es die Regierungsparteien nicht für zweckmäßig halten, wenn wir dem Ziel eines größeren Oberrheinraates zustreben, das rechtsrheinische mit dem linksrheinischen Gebiet vereinigt wird? Wir müssen diese Frage aufwerfen, auch wenn sie zunächst von anderer Seite Ablehnung findet. Im württembergischen Landtag hat man zu diesem Problem eine gewisse Zurückhaltung beobachtet. Wir vermischen eine feste Stellungnahme

der badischen Regierung zu den Vorschlägen der Deutschschritt des Ministers Dr. Kemmle, der bis jetzt als Privatmann der Länderkonferenz angehört. Der Redner hält die von Dr. Kemmle angeregte Dreiteilung für grundsätzlich richtig. Eine Aufhebung des Verwaltungsgerichts will er nicht, da dieses in der Zukunft sehr viel zu tun haben werde. In der Frage der Reichs- und Verwaltungsreform müsse eine gewisse Initiative von den Ländern ausgehen. Wenn auch feststehe, daß die Gefährdung des Reiches einen großen Anteil an der Ausgabensteigerung der Länder habe, so müsse doch darauf hingewiesen werden, daß heute im Ministerium eine Überfülle von Kleinarbeit geleistet wird. Der Redner wiederholt seine Forderung auf eine zahlenmäßige Nachweisung der Ursachen der Ausgabensteigerung in der Staats- und Gemeindeverwaltung.

Abg. Hagin (Wirtsch. u. Bauernp.) hält im Gegensatz zum Vorredner an der Kreisverfassung fest, die sich bewährt habe. Darin stimmt er mit ihm überein, daß wir im Südwesten den Weg einer größeren Interessenzusammenfassung beschreiten müssen, um nicht weiter gegen den Norden im Nachteil zu sein. Die Staatsvereinfachung in grundlegenden Form sei das Gebot der Stunde. Die Landeskommission will der Redner als Zwischenstufe zwischen Regierung und Volk beibehalten wissen, desgleichen den Verwaltungsgerichtshof.

Der Abg. Hagin kommt dann auf Einzelfragen zu sprechen. Er erinnert an die katastrophale Lage der Wasserversorgung einer Reihe von Gemeinden an Oberrhein infolge der Anlagen bei Rembs. Hier müsse aus den Mitteln des Grenzfonds geholfen werden. Die Härte der neuen Grenzziehung wirkte sich auch auf die Straßenverhältnisse in jener Gegend aus. Kreis und Land würden ihren Anteil an Straßenbau tragen. Die auf die armen Gemeinden entfallende Last abzutragen, sei gleichfalls Sache des Reiches. Der Redner geht soeben zur Polizei über und sagt, man habe draußen kein Verständnis für den großen Offiziersapparat.

Abg. Köhler (Nat. Soz.) führt bei Betrachtung des Voranschlags des Ministeriums des Innern aus, auch hierbei erkenne man die Auswirkung der außenpolitischen Verflechtung Deutschlands. Die Ausichten für eine Reichs- und Verwaltungsreform fänden schlecht. In bezug auf die Sparkommission ist der Redner pessimistisch. Das besetzte Gebiet will er für die ausgehenden Leiden in irgendeiner Form entschädigt wissen. Der Redner setzt sich weiter für die Arbeitsdienstpflicht ein. Die Revolutionierung der Massen beruhe auf der Unfähigkeit des heutigen Systems, ihrer Noie gerecht zu werden. Die Verarmungsüberwachung sei als unnötig und kostspielig abzulehnen. Der Schlußteil der Rede richtet sich gegen das Zentrum und ruft bei diesem heftigen Widerspruch hervor.  
Gegen 1 Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag, 9 Uhr, vertagt.

### Der Haushaltsausschuss

schte am Mittwoch die Beratung des Voranschlags des Ministeriums des Innern beim Kapitel Polizei und Gendarmerie fort.  
Der Redner der Deutschen Volkspartei regt eine vollständige Trennung der Polizei von den Landratsstellen in Karlsruhe und Mannheim an. Der Minister des Innern verspricht Klärung der Frage. Ein Zentrumsvertreter tritt entschieden für die Verleibung der Polizeidirektion ein. Ein demokratischer Redner tritt für den Abbau der staatlichen Polizei ein. — Der Innenminister weist auf die drohende Putschgefahr der Kommunisten hin, die einem Abbau der staatlichen Polizei nicht für geratet erscheinen lassen. Von anderer Seite wurde auf die große Gefahr der kommunistischen Bewegung aufmerksam gemacht. Die Stärke des russischen Zentraipunktes dürfe nicht unterschätzt werden.  
Zu dem Antrag der Polizeibeamten bezüglich einer Nachdienstzulage bemerkt der Minister, daß er für eine solche volle Verständnis habe, der Betrag hätte jedoch vom Finanzministerium gestrichen werden müssen. In dem Titel „Beleidung und Ausrüstung“ wurden 10 000 Reichsmark gestrichen. In den Positionen „Pferdehaltung“ und „Sundehaltung“ wurden 20 800 Reichsmark gestrichen.

### Zu den Vorgängen in Dietlingen

wird von zuständiger Stelle mitgeteilt:  
Wegen des in der Presse kritisierten Verhaltens der Gendarmerie bei dem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Angehörigen des Reichsbanners in Dietlingen ist vom Minister des Innern eine Untersuchung bereits eingeleitet worden. Es wird hierbei insbesondere festzustellen sein, welche Anordnungen zur Verhütung eines Zusammenstoßes das Bezirksamt getroffen hatte und inwieweit ein Verschulden einzelner Gendarmenbeamter bei der Durchführung ihrer Dienstobligationen gegeben ist.

### Baden und Württemberg

Der „Badische Beobachter“ nimmt zu der Frage eines Zusammenschlusses von Baden und Württemberg Stellung, und sagt zum Schluß längerer Ausführungen: „Das badische Zentrum steht dem Gedanken eines Zusammenschlusses der beiden Länder sympathisch gegenüber. Wenn die Sozialdemokraten nach der Ankündigung des Ministers Dr. Kemmle die Initiative ergreifen und einen Antrag im Landtag einbringen, daß die Regierung mit der württembergischen Zusammenschlußverhandlungen einleitet, dann kommt die Frage in Fluß. Im Landtag ist eine sichere Mehrheit für den Zusammenschluß vorhanden und auch die Meinung weitaus vieler Volkskreise ist dafür. Man sollte in der Tat nicht mehr lange warten und aus dem Stadium der Überlegungen endlich zu praktischen Schritten kommen. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß mit der Schaffung eines süddeutschen Staates Baden-Württemberg ein sehr bedeutungsvoller Schritt zu einer gesunden Reichsreform hin getan würde, der für beide Kontrahenten nur von Nutzen sein könnte, darüber hinaus aber auch für das Reich. Der Gedanke, daß die Vereinigung der beiden Länder als gegen das Reich gerichtet anzusehen sei, oder daß damit eine Reichsreform verbaut werden wolle, verdient die entschiedenste Zurückweisung.“

### Keine steuerlose Brücke

Ludwigshafen-Mannheim  
Die Industrie- und Handelskammer Ludwigshafen teilt mit: Auf eine gemeinsame Eingabe der Industrie- und Handelskammer Ludwigshafen a. Rh. und des Bürgermeistersamt Ludwigshafen a. Rh. im Interesse der Rheinschiffahrt die projektierte Eisenbahnbrücke Ludwigshafen-Mannheim steuerlos zu bauen, hat das bayerische Staatsministerium des Äußeren den Bescheid gegeben, daß bei den Verhandlungen über den Bau der Rheinbrücken und insbesondere der Brücke Ludwigshafen-Mannheim die Interessen der Schiffahrt stets im Auge behalten werden seien. Die in erster Linie auf die Erbauung einer steuerlosen Brücke gerichteten Wünsche der Schiffahrt seien auch früher schon vorgebracht worden. Die bayerische Regierung hätte es begrüßt, wenn

diesen Wünschen der Schiffahrt hätte entsprochen werden können. Leider werde jedoch nach dem derzeitigen Stand der Verhandlungen eine steuerlose Konstruktion nicht durchführbar sein, nachdem die Übernahme der Mehrkosten für eine sogenannte Stappenbrücke oder eine steuerlose Brücke (etwa 2,6 bis 2,8 Millionen Reichsmark) von den beteiligten öffentlichen Körperschaften sowie den Schiffahrttreibenden selbst nicht getragen werden können.

### Aus den Parteien

Die Generalversammlung des Handels- und Industriebeirates der badischen Zentrumspartei am 1. Februar wählte eine Reihe von Entschuldigungen, aus denen wir u. a. hervorheben:  
Im Hinblick auf die angelegte Finanzlage Badens rücksichtslose Reformen auf verschiedenen Gebieten. Der Landtag ist viel zu groß. Die Verwaltungsreform ist zwingendes Gebot. Eine Reform des Bildungswesens ist dringend erforderlich, besonders ein vernünftiges Eindämmen des Mittelschulwesens. Außerste Sparsamkeit beim Weiterausbau der badischen Hochschulen. Schon heute gibt es Zehntausende von akademisch und Mittelschulgebildeten, die keinerlei angemessene Stellung mehr finden können. — Zusammenstoß von Württemberg und Baden, im Interesse der Erhaltung der Selbständigkeit der Länder und ihrer Wirtschaft. — Günstigere Strompreispolitik, Ermäßigung der Tarife. — Die schwierige Grenzlage Badens fordert Berücksichtigung vom Reich.  
Zu der Abfindungsfrage der Reichsbahn muß Baden endlich ein gerechtes Äquivalent erhalten. — Der vielfach in Aussicht gestellte Grenzlandfonds muß Baden endlich zur Verfügung gestellt werden. — Die badische Wirtschaft muß in Zukunft unbedingt eine erhöhte Beteiligung an den Staatsaufgaben erhalten. — Der Ausbau der Rheinschiffahrt ist erforderlich. Verlangt wird alsbaldige Elektrifizierung der Hauptstrecke Mannheim-Basel. — Die Erfüllung des Youngplanes bedeutet bereits heute auf die Dauer eine wirtschaftliche Unmöglichkeit. — Ferner wird verlangt: Finanzreform, rücksichtslose Ausgabenkürzung, usw.

### Statistisches aus der Evang. Landeskirche in Baden

Am 1. Januar 1930 bestanden in der Evangelischen Landeskirche Badens 471 Pfarreien (neben 19 Stellen für die sog. landeskirchlichen Pfarren ohne Gemeindeamt). 424 Pfarreien waren besetzt, 25 nachbarlich oder durch Pfarren im Ruhestand versehen und 22 verwaltet; eine Stelle für einen landeskirchlichen Pfarren ist unbesetzt. Erledigt wurden im Laufe des Jahres 1929 40 Pfarreien, und zwar: durch Vererbung oder andere Verwendung des Inhabers 18, durch Zurücksetzung 13, durch Entlassung auf Ansuchen 3, durch Tod 3 und durch Verzicht 3. Neuerrichtet wurden 6 Pfarreien. Befetzt wurden 41 Pfarreien und zwar: durch Gemeindefürsorge 17, durch Ernennung seitens der Kirchenregierung 7, durch Ernennung infolge Verzichtes der Gemeinden auf das Wahlrecht 10 und durch den Patron 7.

Zu den 424 Pfarren kommen 18 Pfarren der Landeskirche ohne Gemeindeamt, 11 Pfarren, die für den Dienst in Vereinen und Anstalten, insbesondere der Inneren Mission, bezurlaubt sind, 4 aus den Geistlichen der Landeskirche hervorgegangene Pfarren an Strafanstalten und 22 ebensolche Religionslehrer (staatliche Professoren).  
Unständige Geistliche waren am 1. Januar 122 vorhanden, davon 108 im Dienste der Landeskirche, 6 als unständige Religionslehrer an höheren Lehranstalten und 8 nicht im Dienste der Landeskirche verwendet. Die Gesamtzahl der Pfarren und unständigen Geistlichen beträgt 601. Hinzu kommen noch 7 Pfarrkandidatinnen, von denen 4 als Pfarrgehilfinnen, 1 als unständige Religionslehrerin und 2 noch nicht verwendet sind.  
Im Jahre 1929 sind aus den beiden Hauptprüfungen 23 Geistliche hervorgegangen. Dazu fand eine sonstige Aufnahme statt; der Gesamtzugang betrug 24 gegenüber 17 im Vorjahre. — Gestorben sind 3 Pfarren im Dienst und 3 Pfarren im Ruhestand. — In den Ruhestand versetzt wurden 13, entlassen bzw. auf Ansuchen entlassen, 6 Geistliche, darunter 2 zur Übernahme der Stelle eines Anstaltspfarrers an Strafanstalten. — Zu Kirchenräten ernannt wurden 4 Geistliche.

### Konferenz der Kriegshinterbliebenen in Baden

Der Reichsbund der Kriegsschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Gau Baden, hielt am Sonntag, dem 2. Februar, in Karlsruhe eine Konferenz der Kriegshinterbliebenen ab, zu der Vertreter aus ganz Baden erschienen waren. Frau Gornow (Berlin) behandelte in einem eingehenden Referat Grundlegendes über Versorgung und Fürsorge der Kriegshinterbliebenen und sprach eingehend über die wirtschaftliche und soziale Bedeutung des Reichsversorgungsgesetzes. Das Versorgungsrecht bedürfe dringend der Änderung.  
Die Forderungen der Kriegshinterbliebenen wurden in einer Entschliessung zusammengefaßt. Die Entschliessung bringt zum Ausdruck, daß die Versorgung der Hinterbliebenen des Weltkriegs durchaus unzureichend sei, und fordert, daß bei der unverzüglich in Angriff zu nehmenden Neuordnung des Versorgungsrechts auch die Hinterbliebenenversorgung endlich diejenige Beachtung findet, die bei den schlechtesten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der Kriegshinterbliebenen unbedingt notwendig sei.

### Kurze Nachrichten aus Baden

Bad. Ludenburg 5. Mannheim, 5. Febr. Am Dienstag feierte die Seniorengesellschaft der Bekannten Zigarettenfabrik B. Agricola Schwie, Frau Auguste Agricola, unter allseitiger Anteilnahme der Bevölkerung Ludenburgs ihren 80. Geburtstag. Frau Agricola siedelte im Oktober 1873 mit ihrem Gatten von Mannheim, wo der Schwiegervater eine kleine Zigarettenfabrik besaß, nach Ludenburg über. Die Jubilarin, die ihren Gatten im Jahre 1908 verlor, hat drei Söhne, die in der Fabrik tätig sind.  
D. J. Rauenberg bei Wiesloch, 5. Febr. Gestern nachmittag starb nach kurzer Krankheit Bürgermeister Konstantin Möhler im Alter von beinahe 81 Jahren. 1849 geboren, machte er den Krieg 1870/71 mit. Im Jahre 1896 wurde er zum Bürgermeister der Gemeinde gewählt. Unter seiner Amtszeit wurde die Nebenbahn Wiesloch-Waldangelloch erbaut, an deren Zustandekommen er wesentlichen Anteil hatte.  
D. J. Offenburg, 5. Febr. Hier starb im Alter von 70 Jahren, genau einen Monat nach seinem 70. Geburtstag, Rechtsanwält Dr. Hermann Rombach. Rombach stammte aus Furtwangen und übte seit 1886 in Offenburg Rechtsanwaltspraxis aus. Er stand den liberalen und demokratischen Kreisen nahe und ist publizistisch des öfteren hervorgetreten. Auch war er jahrzehntelang Bürgerausschussmitglied.  
D. J. Rheinfelden (Bd.), 6. Febr. Gestern abend führten der 45 Jahre alte verheiratete Rudolf Ruch und der 35 Jahre alte verheiratete Adolf Müller kurz vor der Ortskraft Weagen mit ihrem Motorrad auf einen mit Holzweilen beladenen Handwagen auf. Müller wurde sofort getötet, Ruch erlag zwei Stunden später im Schöpheimer Krankenhaus seinen Verletzungen. Beide Verunglückten stammten aus Rheinfelden.

## E. Büchle

Inhaber: W. Bertsch  
Kaiserstraße 132  
Spezialhaus für

## Bilder u. Einrahmungen

Gute Ausführung bei  
billigst. Berechnung  
Große Auswahl

### Aus der Landeshauptstadt

**Badener Delinquant Karlsruher 1930.** Ein Höhepunkt während des Weltfestens der Badener wird der große Badische Heimatabend sein, der am Samstag, 12. Juli, in der städtischen Festhalle stattfindet und programmatisch bereits bis in alle Einzelheiten festgelegt ist. Von beachtenswerten musikalischen Darbietungen umrahmt, zeigt das für diesen Anlaß verfasste Festspiel „Heimat und Fremde“ das Verhältnis und die Beziehungen zwischen den badischen Landsleuten in der Heimat und ihren ausgewanderten Brüdern und Schwestern. Am erwähnten Samstagabend wird gleichzeitig im Badischen Landesopernhaus als Festvorstellung Richard Wagners „Meistersinger von Nürnberg“ aufgeführt.

**Neue Freimärkte.** Künftig werden die Freimärkte zu 10 Reichspfennig in rotvioletter, und die Freimärkte zu 20 Pf in silbergrauer Farbe hergestellt werden.

**Sarrasani will für den Karlsruher Stadtpark einen Elefanten schenken.** Er hat dem Oberbürgermeister mitgeteilt, daß er aus rechnerischen Gründen außerhande sei, die geforderte Luftfahrsteuer zu zahlen, hat sich aber, um sein Entgegenkommen zu beweisen, bereit erklärt, den Tierbestand im Karlsruher Stadtpark durch geschickte Überlassung eines ausgewachsenen, außerordentlich wertvollen Elefanten zu bereichern, sofern die Stadtverwaltung sich mit ihm auf einen tragbaren Steuerfuß zu einigen bereit sei.

**Drei Gemälde gestohlen.** In der Nacht zum Montag wurde in einer Weinstube in der Kreuzstraße ein Einbruch verübt. Der bis jetzt noch unbekannt Täter schnitt drei Gemälde im Wert von einigen tausend Mark aus den Rahmen.

**VI. Sinfoniekonzert des badischen Landesoperorchesters.** Am Freitag, dem sechsten Sinfoniekonzert (Montag, den 10. Februar) mit besonderem Interesse entgegenzusehen, bietet eine vorgenommene Programmänderung, der zufolge nunmehr zwei größere Orchesterwerke von Julius Weismann zur Aufführung gelangen. Damit wird das Konzert zu einer bedeutenden, nachträglichen Ergänzung des bekannten badischen Komponisten, dessen 50. Geburtstag vor Monatsfrist überall und so auch schon hier in kleinerem Rahmen (Badische Musikhochschule) gefeiert wurde. Außerdem verdient sein jetzt am Eingang der Vortragsfolge stehendes *Quintett für Orchester* (op. 96) als Erstausführung kaum mindere Beachtung, wie das schon früher angekündigte *Violinkonzert* (D-Moll, op. 36), das mit Josef Weisner als Solisten ebenfalls erstmals hier zu Gehör kommt. Nach der Pause ist für den wiederum von Generalmusikdirektor Josef Krups geleiteten Abend noch Mozarts *Es-Dur-Sinfonie* angefügt.

**„Der Moskauer Studentenprozess.“** Unter den großen politischen Prozessen der Nachkriegszeit ist der sogenannte Moskauer Studentenprozess unzweifelhaft einer der interessantesten und lehrreichsten gewesen. Während bisher lediglich Klüften vor dem russischen Gericht standen, hatte man diesmal auf Grund außerpolitischer Erwägungen drei junge Studenten der Berliner Universität unter der eigenartigen Anklage des Terrors gegen Stalin und Krotki als Verleugner benutzten wollen. Als die schuldlose Verurteilung der Angeklagten bekannt wurde, erhob sich in Deutschland und der ganzen zivilisierten Welt ein einmütiger Protest gegen die Methoden der Tscheka. Wenn es auch der Intervention der deutschen Regierung endlich zu verdanken war, daß die beiden Deutschen, Dr. Kindermann und Wolski, nach zweijähriger Haft in den Gewölbis der Moskauer G.P.U. gegen verbrecherische Kommunisten freigelassen wurden, so bedeutete diese Prozedur doch eine Verletzung völkerrechtlicher Anschauungen, weil man Unschuldige gegen Schuldige umtauschten mußte. Auf Veranlassung der Gesellschaft für geistigen Aufbau wird Dr. Kindermann am Freitag, dem 14. Februar, abends 8 Uhr, im städtischen Konzerthaus in Karlsruhe über seine Erlebnisse und Erfahrungen im bolschewistischen Russland berichten. Der Vortrag behandelt neben einer ausführlichen Darstellung der G.P.U. und ihrer ausländischen Organisationen auch den Deloff-Prozess, der am 4. März in Berlin wieder beginnt und zu dem Dr. Kindermann als Sachverständiger geladen ist, ebenso die Affäre Besedowski, den Ingenieurstreit und viele Seiten der Kulturgeschichte Russlands. Auch über die unmenschlichen Religionsverfolgungen wird der Redner sich äußern, so daß man endlich einmal ein objektives Bild von den heutigen Verhältnissen erwarten darf.

**Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe.** Das westeuropäische Tiefdruckgebiet ist unter dem Einfluß der von Norden eindringenden Polarluft nach Südfrankreich abgedrängt worden. Ein zweiter Teildruckkern hat sich über der Ostsee erhalten. Zwischen beiden stößt bereits über dem Rheingebiet eine erste Staffel kälterer Luft nach Süddeutschland vor und verurteilt im nördlichen Teil unseres Gebietes heute früh strichweise Niederschläge. Zu neuem Aufbebung wird es daher vorerst nicht kommen. Der Vorstoß polarer Luft steht für uns erst nach bevor und wird eine Periode winterlichen Frostwetters einleiten.

**Wetterausichten:** Fortdauer des nasskalten Wetters in der Ebene, Gebirge weiter leichte Schneefälle bei mäßigem Frost, leichte nördliche Winde.

### Handel und Wirtschaft

#### Berliner Devisennotierungen

	6. Februar		5. Februar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	167.50	168.14	167.94	168.28
Kopenhagen 100 Kr.	111.85	112.07	111.87	112.09
Italien . . . 100 L.	21.89	21.93	21.905	21.945
London . . . 1 Pf.	20.344	20.384	20.344	20.384
New York . . . 1 D.	4.1825	4.1905	4.1835	4.1915
Paris . . . 100 Fr.	16.395	16.435	16.40	16.44
Schweiz . . . 100 Fr.	80.735	80.595	80.77	80.93
Wien 100 Schilling	58.885	58.005	58.885	59.005
Prag . . . 100 Kr.	12.376	12.396	12.377	12.397

**Ermäßigung des Londoner Bankdiskonts.** Die Bank von England hat den Wechseldiskont von 5 auf 4% herabgesetzt.

**Der Privatdiskont wurde** — wie aus Berlin gemeldet wird — heute für beide Sichten um je 1/8 Proz. auf 5% Proz. ermäßigt.

**Daimler-Benz AG., Berlin-Stuttgart.** Zu den Nachrichten über Arbeiterentlassungen in Mannheim verläutet — der „Frankfurter Zeitung“ zufolge — daß sich im Verfolg der Rationalisierungsmaßnahmen die Zweckmäßigkeit einer weiteren Konzentration einzelner Werkstätten in Unterfrankheim herausgestellt habe, weshalb die entsprechenden Abteilungen im Werk Mannheim geschlossen wurden. Das Werk Mannheim beschäftigte Ende 1928 rund 2800 Arbeiter, Ende 1929 dagegen rund 2000, so daß eher von einer geringfügigen Erhöhung der Belegschaft gesprochen werden könne. Die Belegschaft sämtlicher Werke des Konzerns betrug Ende 1928 12 150, sie konnte auf Grund fortschreitender Rationalisierungserfolge bis Ende 1929 auf 10 000 Köpfe verringert werden, obwohl Produktion und Umsätze des vergangenen Jahres die gleiche Höhe haben wie in 1928. Eine weitere Reduzierung der Belegschaft komme nach dem augenblicklichen Stande der Dinge nicht in Frage. Es sei angehts des bevorstehenden Frühjahrsgeschäfts eher mit Neueinstellungen zu rechnen.

**Das Ende der Rheinischen Handelsbank AG. in Mannheim.** Die Generalversammlung der früheren Viehmarktbank genehmigte endgültig den Abschluß für 1928 (Verlust von 828 833 Reichsmark) und erteilte einstimmig Entlastung. Ferner wurde die Auflösung und Liquidation per 1. Januar 1930 gemäß dem im April 1928 geschlossenen Vergleich genehmigt; 1928 ist eine Quote von 50 Proz. und 1929 von 10 Proz. ausbezahlt worden. In der Masse liegen noch etwa 15 Proz. Ferner wurde mit dem alten Aufsichtsrat ein Vergleich abgeschlossen, monach dieser bis 1. März 70 000 M über bezahlt. Darüber hinaus hat die Mehrgewinnung einen Betrag von 12 000 M zugezahlt und auf eine Anzahl junger Aktien, auf die noch 25 Proz. einzuzahlen waren, 17 500 M einbezahlt. Für diesen Vergleich stimmten von vertretenen 10 628 Stimmen 7776 mit Ja, 450 mit Nein; die übrigen enthielten sich der Stimme. Banker Hofe (Mannheim) legte sein Aufsichtsratsamt nieder. Für den gleichfalls zurücktretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Herrn Kurz, wurde Herr Schmidt, bisher stellvertretendes Mitglied des Gläubigerausschusses, gewählt.

**Verläufiges Vergleichsverfahren.** Die Möbelfirma Carl Landes & Söhne G. m. b. H. Mannheim hat infolge Sperrung der Kredite ein vorläufiges Vergleichsverfahren einleiten müssen. Zur Zeit wird ein Status aufgestellt, dessen Ergebnis abzuwarten ist.

**Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe.** — Vergleichsverfahren. Auf Antrag der Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe wurde über deren Vermögen das gerichtliche Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet und Rechtsanwält Dr. Max Domburger zur Vertrauensperson bestellt. Grund zur Einleitung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens war — wie uns mitgeteilt wird — einzig und allein die Tatsache, daß es nur im Rahmen des Vergleichsverfahrens möglich war, die zur Ausführung des vorgeplanten Vergleichsverfahrens erforderlichen Überbrückungskredite grundsätzlich zugezahlt zu erhalten; ohne ein gerichtliches Vergleichsverfahren wäre für die Gläubiger aus diesen neuen Krediten ein Risiko vorhanden gewesen, das ihnen nicht zugemutet werden konnte. Der von der Gläubigerversammlung vom 22. Januar einstimmig gewählte Gläubigerausschuß wurde vom Gericht antragsgemäß ebenfalls bestellt. — Die Bemühungen, einen außergerichtlichen Vergleich zustandzubringen, sind somit gescheitert.

**Die Krise im völschischen Wein- und Spirituosenhandel hat,** wie aus Eckenforde gemeldet wird, weitere zehn Firmen ergriffen, die in Schwierigkeiten geraten sind.

**Fusion in der Rückversicherung.** Die schwierige Lage des Rückversicherungsmarktes und der außergewöhnlich ungünstige Verlauf des letzten Jahres in wichtigen Versicherungszweigen haben — wie nun mitgeteilt wird — die Düsseldorf-Rückversicherungs-AG. veranlaßt, um die Gefahr einer Nachzahlung der Aktionäre zu vermeiden, Anlehnung an ein kapitalkräftiges Großunternehmen zu suchen. Die mit der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft eingeleiteten Verhandlungen haben zu dem Ergebnis geführt, den Aktionären eine Fusion in der Weise vorzuschlagen, daß die Aktionäre der Düsseldorf-Rückversicherungs-AG. für je 1000 Reichsmark eingezahltes Aktienkapital eine Aktie der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft im Nennwert von 200 Reichsmark mit 50 Prozent Einzahlung erhalten.

**Der Aktienindex.** Der vom Statistischen Reichsamte errechnete Aktienindex (1924=100) stellt sich für die Woche vom 27. Januar bis 1. Februar 1930 auf 122.0 gegenüber 122.3 der Vorwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 121.9 (121.2), Gruppe verarbeitende Industrie auf 109.9 (110.7) und Gruppe Handel und Verkehr auf 140.9 (141.1).

### Staatsanzeiger

#### Bekanntmachung

**Schwarzwälder Handelskammer in Billigen.**

Infolge der Zuteilung der Gemeinde Büchel zu dem Handelskammerbezirk Freiburg wird Ziffer 1 der Satzung der Schwarzwälder Handelskammer in Billigen wie folgt geändert:

„1. Für sämtliche Gemeinden des Kreises Billigen und des Amtsgerichts Neustadt, mit Ausnahme der Gemeinden Büchel, St. Blasien, Koblach, Gäßler, Wengen, Weinschwan und Schluchsee, sowie für die Gemeinden Hornberg, Niederwieser und Neidenbach des Amtsbezirks Wolfach wird eine Handelskammer mit dem Sitz in Billigen gebildet.“

Karlsruhe, den 5. Februar 1930.  
Der Minister des Innern:  
J. Wittmann.

**Lotterie.**  
Dem Spitalfonds Waldshut wurde die Erlaubnis zur Bewerthaltung einer Geldlotterie erteilt.  
Karlsruhe, den 3. Februar 1930.  
Der Minister des Innern:  
J. A. v. Wada.

**Auszug aus den Personalveränderungen des Reichsheeres** (Mit besonderer Berücksichtigung des Wehrkreiskommandos V) **Mit Wirkung vom 1. Februar 1930 werden befördert:**

- zum Generalleutnant: Generalmajor von Brandt, Inspekteur der Kavallerie;
- zum Generalmajor: Oberst Wendland, Artillerie-Führer VI; Oberst Steppuhn, Infanterie-Führer VII;
- zum Obersten: Oberstleutnant Geyer, Abt.-Leiter im Reichswehrministerium;
- zu Oberstleutnanten: Major Freiherr Gehr von Schweppenburg, Stab 4. Div.; Major Baron von Uebe, Kommandeur der Nachr.-Abt. 2; Major Winterer, Stab des Artillerie-Führers III; Major von Römer, Reiter-Regt. 11; Major Neugebauer, Inf.-Regt. 18; Major Hoffmann, Inf.-Regt. 14; Major von Reiser, Reichswehrministerium;
- zu Majoren: Hauptmann Geitner, Stab 5. Division; Hauptmann Gänzel, Stab des Artillerie-Führers V;
- zu Hauptleuten: Oberleutnant Esholte, Art.-Reg. 5; Oberleutnant Gorbis, San.-Abt. 2; Oberleutnant Kiepe, Inf.-Regt. 16; Oberleutnant Sieber, Inf.-Regt. 18;
- zum Rittmeister: Oberleutnant Reibert, Fahr.-Abt. 5;
- zu Oberleutnanten: Leutnant Kutz, Art.-Regt. 5; Leutnant Jansa, Reiter-Regt. 18;
- zu Leutnanten: Oberfähnrich Reinhardt, Art.-Regt. 5; Oberfähnrich Geiser, Inf.-Regt. 14; Oberfähnrich Freiherr von Ufermann (Wolfgang), Inf.-Regt. 16; Oberfähnrich Freiherr von Gillingen, Reiter-Regt. 18; Oberfähnrich von Unger, Reiter-Regt. 16; Oberfähnrich Altwies, Inf.-Regt. 17; Oberfähnrich von Grigoren, Inf.-Regt. 14; Oberfähnrich Genzel, Art.-Regt. 5; Oberfähnrich Schulz, Inf.-Regt. 18;
- zum Generaloberarzt: Oberstabsarzt Dr. Luerßen, San.-Abt. 5; zum Stabsarzt: Oberarzt Dr. Schulz (Wilhelm), San.-Abt. 5.

## Zur Weißen Woche 10% Rabatt auf alle Stoffe

Wäschestoffe, Aussteuerartikel, Herrenanzugsstoffe, Damenstoffe usw. **Wih. Braunagel** Herrenstraße 7 R. 155

### Zwangsversteigerung.

II, V, T. 42/29.  
Im Zwangswege versteigert das Notariat II Karlsruhe am Donnerstag, den 27. 3. 1930, nachm. 3 Uhr, in dessen Diensträumen, Kaiserstraße 184, 2. Stock, Zimmer 14, das Grundstück des Ludwig Feldmann, Kaufmann in Karlsruhe.

Die Versteigerung wurde am 21. Dezember 1929 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über d. Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 21. Dezember 1929 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen, sonst werden sie im geringsten Gebot nicht, und bei der Erlösberechnung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen einstellen lassen, sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

### Vergebung von

#### Balzarbeiten.

Die Bad. Wasser- und Straßenbaudirektion in Karlsruhe vergibt gemäß Verordnung des Finanzministeriums über das Verdingungsverfahren v. 20. Januar 1928 in öffentlicher Verhandlung die Ausführung der Balzarbeiten auf den badischen Landesstraßen in 16 Losen.

Die Verdingungsunterlagen können von uns gegen Voreinsendung von 1 M bezogen werden. Angebote mit der Aufschrift „Balzarbeiten 1930“ sind verschlossen und portofrei bei uns eingureichen. Eröffnungsstermin: Donnerstag, den 20. Februar 1930, vorm. 10 Uhr.

Karlsruhe, 5. 2. 1930.  
Bad. Notariat II — als Vollstreckungsgericht.

### Ausgleichung.

#### Die Dachgeschossen

für den Neubau der Chirurgischen Klinik in Freiburg i. Br. werden öffentlich ausgeschrieben. Die Angebotsordnungen können, soweit vorrätig, auf unserem Baubüro, Auguststr. 25, im Neubau der Medizinischen Klinik, 4. Stock, Zimmer 25, ab 12. bis einschl. 18. Febr. jeweils von 11 bis 12.30 Uhr abgeholt werden. Zeichnungen und Bedingungen sind dort einzusehen. Versand nach auswärts erfolgt nicht. Die Öffnung der Angebote, welche geschlossen mit entsprechender Aufschrift bis 25. Februar auf demselben Büro eingureichen sind, erfolgt am gleichen Tage vormittags 11 Uhr. Zuschlagsfrist 6 Wochen.

Karlsruhe, 5. 2. 1930.  
Bad. Wasser- und Straßenbaudirektion.

### Feuerspritze

Die Gemeinde Kirchzarten bei Freiburg hat eine leichte, guterhaltene Saug- u. Druckspritze zu verkaufen. Für eine kleine Gemeinde sehr geeignet. Näheres durch Bürgermeisteramt. K. 151

### Freihänder

#### Papierholzverkauf.

Bad. Forstamt Stodach, Samstag, den 15. Februar d. J., circa 900 Ster, meist feichtenes Papierholz, enthält, in einem Los (circa 300 L., 400 III., 200 III. Al.). Angebote bis abends 6 Uhr an das Forstamt. Zuschlagsfrist 5 Tage.

**COLOSSEUM**  
Täglich 8 Uhr  
Sonntags 3 1/2, und 8 Uhr  
**Das Mädel vom Broadway**

### Freihänder

#### Badisches Landestheater

Freitag, 7. Februar 1930  
Vollstündig  
Das Glöckchen d. Eremiten  
Komische Oper v. Mailart  
Dirigent: Reilberth  
Regie: Ammermann

### Mitwirkende:

Blant, Grünwald-Gehreckl, Gröbinger, Hopsch, Kallbach, Kiefer, Lauffstätter, Löfer, Krass, Lindemann.  
Anfang 1917, Ende nach 22 Preise C (1-7 M)  
Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.  
Samstag, 8. Februar: Neu einstudiert: **Das Räthsel von Heilbrunn.**  
So., 9. Febr.: Nachmittags: Händel und Gretel.  
Hierauf: Sanjuitte.  
Abends: Zum erstenmal: **Die Briganten.** Im Konzerthaus: . . . Vater sein dagegen sehr.  
No., 10. Febr.: 6. Sinfoniekonzert.  
**Inserieren bringt Gewinn!**